

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

85 (11.4.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83051](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83051)

# Oldenburgische Volkszeitung

## Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochensatzung, Dammers Nachfolger), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.58 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeabnahme acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 2 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Reklamazeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

### Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Wittwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während der Kriegszeit nicht besorgt.)

Der Inhalt des Wochenblattes, des Heideblumen- und des Wittwochs-Beiblattes ist in unserem eigens betriebenen Vertriebs- oder anderen anderen Vertriebsstellen haben der Redaktion oder dem Verleger keine Verantwortlichkeit, falls die Redaktion vertritt in bestimmten Verträgen oder nicht erfüllt.

Nr. 85. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. **Vehta, Freitag, 11. April 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: B. Borelmann, Achternstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

## Deutsche Nationalversammlung. Finanz- und Steuerfragen.

Weimar, 9. April 1919.

Präsident Ebert hat die Sitzung um 8 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Etats für 1919. Reichsminister Schiffer: Die Tatsache, daß die erste Beratung des Etats gewohnheitsmäßig nicht bloß auf Zahlen sich beschränkt, sondern auf alle Gebiete der Politik übergriff, ist ein Zeichen des Verständnisses und Amerikensinn, daß keine Politik getrieben werden kann, die nicht auf metallischer Grundlage beruht. Keine Zeit ist aber weniger geeignet, kein Volk weniger berufen, als das unsere, sich zum Experimentierfeld bloßer Konstruktionen, zum Probierstein für Kombinationen und als graue Theorie politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art machen zu lassen. Dieser Etat ist nach dem Friedenssetz, aber er ist der erste Schritt zum Friedenssetz. Er soll, soweit irgend möglich, auf Wahrheit und Wirklichkeit gegründet sein. Ich habe mein Möglichstes getan, um der Wirklichkeit möglichst nahe zu kommen.

**Die Ausgaben für Heer und Marine.** Die im Januar noch 3,5 Milliarden betragen, sind im Februar auf 2,7 Milliarden und im März auf 2 Milliarden zurückgegangen. Hoffentlich liegt sich dieses Abflauen in gleichem oder, wenn möglich, in noch rascherem Tempo fort. Der Etat balanciert mit 13 Milliarden. Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 5,7 Milliarden. Der Fehlbetrag beträgt nicht weniger als 7,5 Milliarden. Das ist ein überaus ernster Zustand, der sich noch dadurch erhöht, daß wir mit Sicherheit annehmen können, daß wir erst am Anfang dieser Entwicklung stehen. Dieser Etat ist ein Durchgangsetz, der zu noch schlimmeren Zuständen, denn in ihm sind noch nicht enthalten die finanziellen Folgen des Krieges, die Entschädigungen, die wir an die Entente zahlen müssen, und auch noch nicht die Kosten, die wir durch die von uns gewünschte Reorganisation mit Deutschland zusammen zu tun nehmen müssen. Den beträchtlichen Mehrausgaben stehen ganz erhebliche Mindereinnahmen gegenüber. Der allgemeine Rentensatz ist mit 1,1 Milliarden veranschlagt, wie werden aber auf einen Rentensatz von 4,11 Milliarden kommen. Außerdem Sparmaßnahmen ist notwendig. Die Volkswirtschaft müssen den Daumen auf den Keutel halten. Für Steuererhöhungen an Beamte sind 1,6 Milliarden eingeplant. Unser tüchtiges Beamtenamt ist ein tüchtiges Erbe aus der Vergangenheit. Notwendig ist ein neues Beamtenrecht, um die Wünsche der Beamten zu erfüllen, und eine

**Herabsetzung der Zahl der Beamten** muß eintreten. Deshalb soll aber nicht eine Bereinigung der einzelnen erfolgen. Es muß aber eine zweifelhafte Ausgestaltung des Dienstes Platz greifen. Wir dürfen das wirtschaftliche Leben nicht weiterkriechen. Das wäre ein Fehler. (Beifall.) Ich bin kein Gegner der Sozialisierung; aber ein an sich guter Gedanke kann Schaden anrichten; wenn er mit ungeeigneten Mitteln in Angriff genommen wird. Die Gefahr einer Bürokratisierung droht vielleicht auf dem

**Gebiet der Presse.** Wir haben es im Kriege nicht verstanden, die Presse richtig zu benutzen, und haben schwer dafür büßen müssen. Dann versuchte man, es mit großen Ausgabungen wieder gut zu machen. Der Erfolg war kein guter. Das Instrument der Presse muß von künftiger Hand gepflegt werden. Es sind dazu Persönlichkeiten notwendig, die zugleich Journalist und Politiker sind. Wir leiden darunter, daß wir im großen und ganzen der Presse gegenüber zu viel Angst und zu wenig Respekt gehabt haben. Das Liebermaß von Pressororganisation, daß wir gegenwärtig in der Verwaltung haben, muß abgebaut werden. Es ist kein gesunder Zustand, wenn jedes einzelne Amt Hunderte von Personen in Presseorganisationen beschäftigt. Das verleiht zu Mißbräuden. Wenn aus Reichsmitteln Propaganda für eine einzelne Partei getrieben worden ist, so ist das durchaus tabu. Dagegen wird ein solches vorgegangen. (Beifall.) Der Minister befragt dann die Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalabwanderung. An

**Steuervor schlägen** hat es nicht gefehlt. Man schätzte sogar vor, öffentliche Spielhöfen zu Gunsten des Reiches in Betrieb zu setzen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Auch auf indirekte Steuern können wir nicht verzichten. Wünschenswert wäre es gewesen, alle Steuern noch einmal vorzuschlagen, praktisch

ist es aber nicht möglich. Die Steuern werden daher wohl nur nach und nach kommen können. Diejenigen, die wohl auf jeden Fall angenommen werden, werden zuerst kommen. Mit den Einzelstaaten muß ein gutes Einvernehmen auf diesem Gebiete hergestellt werden. Das ist nur möglich, wenn wir mehr Güter erzeugen. Wir müssen mehr arbeiten. Wir müssen von dem organisierten Wahnsinn der Gegenwart ablassen. Ordnung und Arbeit! Dann werden auch die Reichsfinanzen wieder ins richtige Geleis kommen. (Beifall.) Donnerstag 10.30 Uhr: Weiterberatung.

## Die Münchener Rätewirtschaft vor dem Zusammenbruch? Sturz der Räterepublik in Würzburg und Ingolstadt.

Die amtl. Mitteilung der Regierung besagt, daß vergangene Nacht sich sämtliche Soldaten der Würzburgs hinter die rechtmäßige Regierung gestellt haben. In der Nacht wurde jedoch eine Leberimpfung Würzburgs vorgenommen. Mehrere Gefelle wurden festgenommen. Regierungstruppen rückten hierauf vor und übermächtig den Widerstand aus aus Matrosen bestehenden Bahnhofswehr. Nach Einnahme von Würzburg zogen die Spartakisten in die weiße Fahne wieder schon nach dem ersten Schuß. Es gab viele Tote und Verwundete.

Hof und Schweinfurt sind auch in den Händen der Spartakisten. In Ingolstadt war die Räterepublik einen halben Tag proklamiert, dann legte der Bürgerkrieg ein, dem sich die dort anwesenden Truppen vollständig angeschlossen. Es kam zu einigen Straßenkämpfen, bei denen drei Mann gefallen sind. Die Stadt steht jetzt vollkommen zur Regierung Hoffmann.

**Die Gegenaktion.** Weimar, 9. April. Nach den in Weimar bei der Regierung vorliegenden Nachrichten geben die Meldungen aus München ein solches Bild. Die Räterepublik findet n.ergends im Lande wirklich Boden, die Gegenbewegung wird überall organisiert.

## Ein Protest der bayerischen Bauern.

München, 10. April. (Drath.) Der bayerische Zentrumsabg. Dr. Georg Heim veröffentlicht einen Aufruf an die bayerische Bauernschaft, in dem er im Namen von 4 Millionen Bauern gegen den Eingriff der neuen Räterepublik in den Betrieb der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Diktatur eintritt. Dr. Heim erklärt, besonders scharf Protest erheben zu müssen, weil die Leute, die jetzt in München als Minister auftreten, fast reines Nichtstaugen sind.

## Lebensmittelperr über München und Augsburg.

München, 8. April. Die Bauernschaft erklärt einen Aufruf, in dem es heißt: Die Bauernschaft Frankens u. der Oberpfalz hat sich zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammengeschlossen. Die Bauernschaft Oberfrankens, Schwabens und des Allgäu schließen sich an. Die gesamte Bauernschaft der genannten Kreise steht hinter dem Ministerium Hoffmann und erkennt dieses Ministerium und den bayerischen Landtag als gesetzliche Regierung und Volksvertretung an und tut alles zu ihrer Unterstützung.

Am 8. April, nachmittags 5 Uhr, wurde die Lebensmittelperre über Augsburg und München verhängt, bis in München die Räterepublik zurückgetreten ist.

## Sonstige Nachrichten.

München, 9. April. Die Mehrheitssozialisten hielten gestern eine Hauptversammlung ab. Es wurde folgende höchst bemerkenswerte Entschiedenheit angenommen: Die Kommission wird beauftragt, noch einmal den Versuch zu machen, die Einheitsfront herzustellen. Wenn dies nicht, dann lehnt die Versammlung die Mitwirkung an den Geschäften der Verwaltung der Räterepublik ab.

Nürnberg, 8. April. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben sich mit einer Vierstimmigenmajorität gegen die Räterepublik erklärt und für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Berlin, 9. April. Nach der D. A. Z. ist München seit Mittwoch nachmittag weder telegraphisch noch telefonisch zu erreichen, angeblich wegen Streiks.

## Zum Waffenstillstand.

### Differenzen zwischen Polen und der Entente.

X Bern, 9. April. Von unterrichteter Seite erklärt man: Der Empfang des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski in Paris ist ein äußerst kühler gewesen. Man hat Paderewski wissen lassen, daß die Westmächte über die Unfähigkeit Polens, sich gegen die bolschewistische Welle zu stemmen, in hohem Maße verstimmt seien und daß es unmöglich wäre, die weitgehenden territorialen Forderungen Polens zu befriedigen. Ferner hat man Paderewski erklärt, daß seine Bemühungen, eine Wiedervereinigung der Danziger Frage herbeizuführen, fruchtlos seien und daß die Erklärung Danzigs zum Freizustand eine unumstößliche Tatsache sei. Einen erheblichen Einfluß auf die zurückhaltende Stellung der Alliierten Polen gegen über haben die Mitteilungen von Japan gehabt, daß die polnische Regierung nicht den ersten Willen zeigt, den Vorkrieg genen die jüdische Bevölkerung ein Ende zu machen.

## Ultimatum Wilsons an den Verband?

### Ein Friede nur auf Grund der 14 Punkte.

Amsterdam, 9. April. Aus Paris wird gemeldet: Trotz der Versicherung von französischer und englischer Seite, daß die Friedensfrage gelöst sei, wird amtlich gemeldet, daß Wilson mit dieser Auffassung nicht einverstanden sei. Er stehe auf dem Standpunkt, daß der Friede nur auf Grundlage seiner 14 Punkte zustandekomme dürfe, und er sei fest entschlossen, sich von der Konferenz zu verabschieden, wenn diese sich nicht darauf einigt. Die verächtliche Ablehnung des „George Washington“ nach Brüssel beweist nicht, daß Wilson bestimmt gehen werde, aber daß er gehen werde, sobald er es für nötig halte. Wilson meine, daß auf der Konferenz die eigentlichen Interessen zu sehr hervorstritten.

Amsterdam, 9. April. Die Newyorker Zeitungen enthalten Artikel mit folgenden Ueberschriften: Wilson warnt, daß er keine Konzessionen mehr machen werde. „In erster Stunde“, „Wilson will sofortigen Friedensschluß“ und „Wilson überreicht den Alliierten ein Ultimatum“.

Amsterdam, 9. April. Einer Radiomeldung aus Newyork zufolge werden alle Newyorker Börsenblätter, daß eine Krisis in der Friedenskonferenz eingetreten sei. Die von einer hohen Persönlichkeit über den Vorlauge der amerikanischen Delegation geäußerten, anscheinend inspirierten Mitteilungen besagen, daß Wilson erklärte, daß er keine Konzessionen mehr machen wird. Die Aufforderung an den „George Washington“, sofort in See zu gehen, wird als endgültige Drohung angesehen, daß der Präsident sich zurückziehen will, wenn die Konferenz auf einen toten Punkt kommt. Dem Newyork Herald zufolge ist in den letzten Verhandlungen des Rates der Vier eine sehr große Spannung entstanden. Auf der ganzen Friedenskonferenz ist man der Ansicht, daß man in ein neues kritisches Stadium getreten ist. Eine der verantwortlichsten, mit Wilson assoziierten Persönlichkeiten erklärte, er würde nicht erlauben sein, wenn die amerikanische Teilnahme an der Friedenskonferenz ein vorläufiges Ende fände.

## Wilson's Abreise verschoben?

Genf, 9. April. Wilson hat seine Heimfahrt infolge der bevorstehenden Ankunft des Kriegsministers und des neuen Pariser Volkschiffers verschoben.

## Noch keine Einigung in der Entschädigungsfrage.

Amsterdam, 9. April. In den Pariser Berichten der englischen Blätter über die Entschädigungsfrage spiegelt sich die Unklarheit wieder, die auf der Konferenz über die Lösung der wichtigsten Fragen herrscht. Während die „Morningpost“ sich berichtigt läßt, daß der Verrater sich über die Höhe der Entschädigung einig geworden ist, erhalten „Daily News“ und „Daily Express“ die Nachricht, daß die Angelegenheit noch völlig im Fluße befindet und daß alle Mittelungen über ihre endgültige Lösung nichts weiter seien, als zum Zweck der Stimmungsmache verbreitete Gerüchte.

## Ausländische Anleihe für Deutschland?

Amsterdam, 9. April. Aus Paris wird gemeldet, daß der Wunsch der Anleiher der Bankfirma Hope und Co. und der Direktoren der Rotterdamschen Bankvereins in Paris den Abschluß einer

Anleihe von 5 Milliarden Mark in Gold bezweckt, die durch eine Gruppe neutraler Banken gegeben werden sollte, um Deutschland in den Stand zu setzen, seine Industrie wieder in Gang zu bringen und Rohstoffe im Ausland zu kaufen. Es sollen außerdem die skandinavischen Staaten und die Schweiz beteiligt sein.

## Verschiedene Nachrichten.

**Sturz der ungarischen Räterepublik in Sicht.** TU. Wien, 9. April. Der Telegraph meldet aus Prag: Die Regierung erhielt aus Preßburg eine Meldung, daß sich eine Freiwilligenarmee im Anmarsch gegen Budapest befindet, deren Ziel die Absetzung der Räterepublik ist. Die Budapestler Regierung sei von den gegenrevolutionären Nachrichten aus allen Teilen des Landes erschüttert und dürfe keinen ernstlichen Widerstand leisten.

## Der Bürgerkrieg in Mexiko.

WTB. Amsterdam, 10. April. (Drath.) Der Newyorker Korrespondent des Daily Telegraph meldet, daß der mexikanische General Aurelio Blanquez, der Carranza zu Sturz verurteilt, im Hauptquartier des Generals Díaz angekommen sei. Die Aufständischen hielten 15 von den 27 mexikanischen Staaten und den Hafen Yucatac bei Carranza besetzt.

## China.

### China fordert Nichtigkeitsklärung der japanischen Verträge.

TU. Amsterdam, 8. April. Aus Newyork wird gemeldet: China vertritt auf der Friedenskonferenz einen Beschluß auf Nichtigkeitsklärung des Vertrages mit Japan und der bekannten 21 Punkte durchzuführen. China betont dabei, daß diese Forderungen der Peking Regierung durch die Drohung mit dem Kriege aufgezwungen worden sind.

## Deutsches Reich.

### Eine Zentralkommission für die Wiederbelebung der Windthorstbünde.

Von maßgebender Seite wird uns geschrieben: Die unheilvollen Folgen des Krieges haben sich auch auf dem Gebiete der Parteiorganisationen geltend gemacht. Besonders schwer betroffen wurden durch die vierjährige Abwesenheit die Jugendorganisationen und in erster Linie die Windthorstbünde. Tausende von Mitgliedern sind gefallen im Kampf für das Vaterland und so stehen heute die Windthorstbünde vor der Aufgabe, die gelichteten Reihen aus neue zu schließen. Die politische Neuordnung des Vaterlandes fordert mehr als je die politische Erziehung der Jugend, die ja auf Grund des neuen Wahrechtes früher dazu berufen ist, ihre Stimme zu erheben, wenn es gilt, die Vertreter des Volkes ins Parlament zu entsenden. Die neuen politischen Ziele verlangen eine reifliche Zusammenfassung aller Kräfte. Das Zusammensetzen dieser Notwendigkeit ist auch den weitaus meisten Parteien aufgegeben. Die bestehenden Organisationen der Windthorstbünde haben bis zu einem gewissen Umfange ihre alte Tätigkeit wieder aufgenommen, außerdem wurde eine ganze Reihe von Neugründungen ins Leben gerufen. Es handelt sich nun darum, diese sämtlichen Bestrebungen in einheitliche Bahnen zu lenken und auf ein einheitliches Ziel zu konzentrieren. Zu diesem Zwecke wurde bei dem Generalsekretariat der Deutschen Zentrums Partei Berlin W. 8, Französischstraße 62 die Zentralkommission für die Wiederbelebung der Windthorstbünde eingerichtet. Wir eruchen daher, an diese Abtreffe alle Zuschriften und Mitteilungen zu richten über Wiedererlangung der Tätigkeit sowie über Neugründungen.

### Noste gegen einen Reichsfolatener.

WTB. Berlin, 10. April. (Drath.) Ein Mitarbeiter des B. L. gegenüber, der den Reichswehrminister fragte, wie er sich zu der Frage wegen Einrichtung eines Reichsfolatener stelle, der dem Reichswehrminister als gleichberechtigt zur Seite gestellt werden sollte, antwortete Noste: Der Rätekongress kann Wünsche äußern, die der Nationalversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten sind. Falls aber der Reichsfolatener Tafel werden sollte, so geht es. Ohne einheitliche militärische Leitung und ohne Disziplin ist nichts Vernünftiges anzustellen.

Ende des Generalfreits in Magdeburg.

WTB. Magdeburg, 9. April. Generalmajor Märker hat den Generalfreischützer Krüger zum Polizeipräsidenten ernannt und die Auflösung des Wachregiments verfügt, dessen Mannschaften an den letzten Pfländerungen arg beteiligt waren. Auch die Bürgerwehr wurde aufgelöst und darauf eine Einwohnerwehr aus der Bevölkerung gebildet. Eine Verjämmerung der Streikenden hat heute nachmittag beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Personen verhaftet, darunter viele Matrosen.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

WTB. Hamburg, 9. April. Mit 8000 Tonnen Speck, Schmalz und sonstigen Lebensmitteln ist der amerikanische Dampfer 'Samacida' im hiesigen Hafen eingetroffen. Der Dampfer war ursprünglich nach Kopenhagen bestimmt. Er bekam aber im Kaiser-Wilhelm-Kanal Order, nach Hamburg zu gehen. Dies ist der sechste amerikanische Lebensmittel-dampfer, der hier eingetroffen ist.

WTB. Haag, 9. April. Außer den bereits in Hamburg eingetroffenen Dampfern mit Lebensmitteln sind gegenwärtig weitere sieben Dampfer mit zusammen 43 000 Tonnen, Mehl, Fett und Milch nach Hamburg, Bremen und Emden unterwegs.

Nach den heutigen Verhandlungen in Rotterdam ist für die Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland die rechtzeitige Lieferung von Wankerkohle von großer Bedeutung. Die Fortdauer des Streiks im Kohlengebiet würde daher die nach Überwindung großer Widerstände endlich in Gang gekommene Lebensmittelzufuhr aus Amerika unmöglich machen.

Deutschland bittet um neue Lebensmittel-lieferungen.

Nach Meldungen aus Paris ersuchte Deutschland Amerika um neue Lebensmittellieferungen. Nach dem Newyork Herald erklärte Deutschland jedoch, daß es diese Lebensmittel nicht mit Gold bezahlen kann, erliefen deshalb, weil es seine Arme die im neutralen Ausland mit Gold kaufen müßte und zweitens, weil es ihm bisher nicht möglich gewesen ist, Ausfuhrhandel zu treiben. Zur Regelung dieser Angelegenheit haben die Mächte eine Konferenz zusammenberufen, zu der alle größeren Bankiers neutraler Länder eingeladen sind, die ihre Meinung und Ansichten äußern sollen, bezügl. der Zahlung der deutschen Schulden an die Neutralen.

Sturm in der Bremer Nationalversammlung.

WTB. Bremen, 10. April. (Draht.) Die gestrige zweite Sitzung der bremischen Landesversammlung nahm einen stürmischen Verlauf. Als der kommunistische Antrag auf Aenderung der Tagesordnung abgelehnt worden war, verließen die Kommunisten unter großem Lärm den Saal. Ihnen schlossen sich später die Unabhängigen an. Die Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Entferrnung der Regierungstruppen wurden sodann abgelehnt. Darnach wurde seitens eines Mitgliedes der provisorischen Regierung mitgeteilt, daß der für Mittwoch (gestern) geplante Generalfreitag für Bremen an der Haltung der Eisenbahner, die sich an einem politischen Generalfreitag nicht beteiligen, gescheitert ist. Man beabsichtigt nunmehr, den Generalfreitag nächste Woche zu beginnen.

Bereiteter Spartakistenputsch in Osnabrück.

Am Sonntag, 6. April und Dienstag, 9. April fanden in Osnabrück Spartakistenversammlungen statt, bei denen ein auffälliger Zustrom fremder Elemente zu Tage trat. Die Versammlungen legten einen Plan für Unruhen in allen Einzelheiten fest. Es wurden Angriffsgruppen eingeteilt mit namentlich bestimmten Führern und Angriffszwecken.

Am Montag, 7. April, wurden 700 Gewehre in Bauernwagen in die Stadt geschmuggelt und sofort verteilt. Weitere für Osnabrück adressierte Kisten mit Waffen wurden durch die Regierungstruppen in Berlin beschlagnahmt. Der Beginn der Unruhen wurde auf den 9. April, 8.30 Uhr vorm., festgelegt.

Um alle Versuche im Keime zu ersticken, berief das Generalkommando des 8. Armeekorps in der Nacht vom 8. auf 9. April die nächstgelegenen Truppenteile nach Osnabrück und traf alle Vorkehrungen für die Wöhrer. Durch diese raschen und umfassenden militärischen Maßnahmen ist es gelungen, Osnabrück vor Wut und Plünderungen durch fremde Einbringlinge zu schützen. Das Generalkommando wird diesen starken militärischen Schutz bis auf weiteres aufrechterhalten. Es ist fest überzeugt, daß die Ruhe und Ordnung der Stadt auch fernhin gewahrt werden kann, da die Arbeitererschaft Osnabrücks selbst in der überwiegenden Mehrheit den Auftritten fern steht und ihr Treiben mißbilligt.

Odenburg.

Das Hindernis für die Schulpläne liberaler Lehrer.

Das Zentrum, das mit seinem Kulturprogramm die ewigen Grundzüge des positiv christlichen Glaubens in das Umkreisgebiet der Zeit stellen und damit ein zusammengebrochenes Zeitalter hinüber auf die Quellen der Erneuerung seiner irdischen Kräfte, ist damit mehr wie je das Hindernis für die Pläne religiös gleichgültiger oder religionsfeindlicher Elemente geworden. Ein Schulbeispiel dafür bietet der Artikel, 'Die neue preussische Regierung und die Schule' in Nr. 7 des Odenburgischen Schulblattes vom 4. 10. Das Zentrum ist der

Feind! Auf diesen Grundton ist die Tendenz des Artikels abgestimmt.

Gleich zu Anfang müssen die Trennungsschritten im Rheinland und an anderen Stellen herhalten, um dem Zentrum daraus einen Stoß zu drehen. Das Zentrum, das die Trennungsbefehle propagiert, um seine Forderungen in Bezug auf Kirche und Schule durchzusetzen. Im Anschluß daran folgt der nachstehende sehr bezeichnende Passus: 'Und hierin wird sich nichts ändern, solange die Partei dieselbe Stärke aufweist und in ihren inneren Kräften unverändert bleibt. Was in dieser Beziehung zu tun ist, bedarf keiner besonderen Darlegung. Es wird dann die Zeit kommen, in der die neuzeitliche Bildung den Einfluß der heutigen geistigen Mächte im Zentrum vermindert und damit eine neue Kräftezusammenlegung in Preußen und im deutschen Reich schafft.'

Im christlichen Volke Preußens und ganz Deutschlands zittert noch die Empörung nach über die ungeheuerlichen Frechheiten, mit denen der 'Kultus'-Minister Adolf Hoffmann die heiligsten Gefühle und Rechte der christlichen Eltern zu vergewaltigen suchte. Wenn der Artikel des Odenburgischen Schulblattes dem Zentrum die Schuld daran zuschieben will, wenn das christliche rheinische Volk dagegen nur den Aufschrei 'Los vom religionsfeindlichen roten Berlin', so wendet es sich an die falsche Adresse. Oder sollte das christliche Volk sich gedulbig knebeln lassen? Es scheint fast, als ob die liberale Lehrerschaft das erwartet hätte. Man muß das als gleich annehmen, wenn man weiter liest, daß es nur ein Ziel gibt für die liberale Lehrer: Schwächung des Zentrums. Was in dieser Beziehung zu tun ist, mit andern Worten, in welcher Weise das Zentrum geschwächt werden kann, wird nicht verstanden. Darüber kann man also nur Vermutungen anstellen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß in erster Linie von Seiten der liberalen Lehrer versucht werden soll, die katholische Lehrerschaft zu radikalisieren, indem ihr die katholische Kirche als das Hindernis der Freiheit des Lehrerberufes hingestellt wird. Hier will die liberale Lehrerschaft anscheinend handeln nach dem sozialdemokratischen Rezept: 'Die Schule muß gegen die Kirche, der Schulmeister gegen die Pfaffen organisiert werden.' So hofft die liberale Lehrerschaft durch die radikalisierten katholischen Lehrer auf das katholische Volk Einfluß zu gewinnen, denn wenn der katholische Lehrer für die 'neuzeitliche' Bildung, die Bildung ohne Gott und Religion, die reine Utilitätskultur des materialistischen Zeitalters gewonnen ist, so werden die Folgen sich im christlichen Volke zeigen und die Radikalisierung des christlichen Volkes in demselben Sinne erfolgen. Auf dem Boden des Christentums steht voll und ganz als einzige deutsche Partei das Zentrum. Sind die Grundzüge des Christentums nicht mehr lebendig im Volke, dann zerfällt auch eine christliche Partei an Stärke und Einfluß. Dann hätte die liberale Lehrerschaft ihr Ziel erreicht.

Wir hoffen aber und glauben es sicher annehmen zu können, daß diese Spekulation der sozialdemokratischen liberalen Lehrer sich als falsch und zudem als aussichtslos erweisen wird. Wir haben das Vertrauen zu unserer katholischen Lehrerschaft, daß sie sich von liberalen Phrasen nicht einnehmen lassen wird, sondern daß sie das bleibt, was sie bisher war, die Sälerin und Mehrerin des christlichen Geistes in der Schule, denen christliche Eltern ihr höchstes Gut, ihre Kinder anvertraut haben. Vom christlichen Volk erwarten wir, daß es treu und fest über alles für die Freiheit eines Christenmenschen eintreten wird. Christliches Volk sei wachsam gegen die Gefahren, die jetzt keine christliche Schule bedrohen. Für die Zukunft des Zentrums ist uns nicht bange, solange die alte Zentrumstreue noch lebt. Und das wird sie weiterhin. Was seit Jahrzehnten den Feinden des Zentrums nicht gelang, wir nennen nur Bismarck, das wird auch den liberalen Lehrern nicht gelingen. Davon sind wir fest überzeugt.

Mit dem Schulprogramm der neuen preussischen Regierung sind die liberalen Lehrer wohl einverstanden, wenn nur — das böse Zentrum nicht wäre. Denn dieses wird in dem Artikel des Odenburgischen Schulblattes als Vater aller Hindernisse bezeichnet für 'Faten' im Sinne der liberalen Lehrerschaft. Wir können dazu nur 'Sehr richtig' sagen. Das Zentrum wird sich mit allen Mitteln dagegen wehren, daß die Freiheit des christlichen Volkes in Bezug auf seine christliche Schule vergewaltigt wird. Jeder Aufruf der liberalen Lehrerschaft beginnt mit der Bezugnahme auf die neue Freiheit, jede ihrer Forderungen wird mit der neuen Freiheit begründet. Nun gut. Dann gebe man allen die Freiheit, die wir insbesondere für die christlichen Eltern fordern. Wollen Liberale und Sozialdemokraten keine konfessionelle Schule, so soll uns das nicht hindern im Namen der Freiheit für alle christlichen Eltern die konfessionelle Schule zu fordern. Dem katholischen Volksteil ist es wenigstens bitter ernst mit dieser Forderung.

Den liberalen Lehrern ist es jedoch nicht ernst damit, diese Freiheit zu gewahren. Der Artikel redet eine deutliche Sprache. Er appelliert an die Regierung, nicht nur 'feierliche Bekenntnisse', sondern 'Taten' sehen zu lassen, denn 'an williger Gefolgschaft werde es ihr dann nicht fehlen.' Es muß weiter noch die völlig unwahre Behauptung der Volksfeindlichkeit des Zentrums herhalten, das die Schule 'unter dem kirchlichen' behaltnen wollte um, Uebertrumpft wird dieser Satz schon durch den nächsten, der die Drohung an die Regierung richtet, daß ihre 'willige Gefolgschaft' d. h. die liberalen Lehrer die Regierung schon zwingen

wollen zur Beachtung des Volkswillens, was hier nichts anderes heißt als Wille der Lehrerschaft. Das ist denn die neue Freiheit oder mit anderen Worten die schulpolitische Diktatur des liberal - sozialdemokratischen deutschen Lehrervereins.

Sozialdemokratie und liberaler deutscher Lehrerverein Arm in Arm! Diese so sehr erstrebte Erregungsschafftheit der Artikel weiter fort. Es heißt da: 'Die Regierung hat die Schulfrage, die bisher nur über dem Heereskrieger des deutschen Lehrervereins wehte, auf das Ministerhaus geleitet.' Die Radikalisierung der liberalen Lehrerschaft nimmt in erschreckender Weise zu. Wir glauben nicht zuviel zu behaupten, wenn wir sagen, daß bald die Zeit kommt, wo der deutsche Lehrerverein nicht nur dem Sinne nach, sondern auch formell das sozialdemokratische Schulprogramm als das seinige annehmen wird.

Gollen wir dem Treiben dieser Fetenräuber der christlichen deutschen Schule totenlos zuhören. Wollen wir uns im Namen der Freiheit vergewaltigen lassen? Niemals! Und wenn man es versuchen wollte, wüde wieder ein Sturm durch das christliche deutsche Volk gehen, wie in den Noembertagen. Darum 'Hände weg von der christlichen Schule!'

Volksabstimmung!

Wir erhalten von juristischer Seite folgende Ausführungen:

In Waden findet am 13. d. M. eine Volksabstimmung über folgende zwei Fragen statt: 1. Wird die Verfassung genehmigt? 2. Soll die Nationalversammlung als Landtag weiter gelten? Abgestimmt wird nur mit 'ja' oder mit 'nein'. Die Verfassung gilt als genehmigt und die Frage nach der Fortdauer der kaiserlichen Nationalversammlung als erster ordentlicher Landtag gilt als angenommen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden mit 'ja' geantwortet hat. Dabei wird der wohl unzulässig erscheinende Kniff angewandt, daß die vom Ministerium des Innern hergestellten Stimmzettel hinter den beiden Fragen nur ein vorgedrucktes 'ja' enthalten, so daß derjenige, der mit 'nein' stimmen will, das vorgedruckte 'ja' durchstreicht und handschriftlich durch ein 'nein' ersetzen muß. Stimmberechtigt ist jeder Wähler, der in Waden seinen Wohnsitz hat und am Abstimmungstage volle 20 Jahre alt ist. Abgestimmt wird in der bekannten Weise mit Umhängen, Isolierkämen u. s. w. Die Kosten der Abstimmung trägt die Staatskasse.

Ans will (sich) zeigen, daß auch in Odenburg ein gleiches Volksreferendum zu wünschen wäre; insbesondere muß dem Volke Gelegenheit gegeben werden, zu dem so überaus wichtigen Gesetzgebungswerk der Verfassung ein Wort mitzuzureden. Voraussetzung dafür wäre natürlich, daß der Entwurf der Verfassung, wie er sich demnach nach der Durchberatung und Beschlußfassung seitens der odenburgischen Nationalversammlung darstellt, in allen Zeitungen des Landes und an sonstiger geeigneter Weise möglichst allen Volksgenossen bekannt gemacht würde. Dafür ist auch in Waden Sorge getragen; dort wird der Verfassungsentwurf allen Zeitungen des Landes als Beilage beigelegt und außerdem durch öffentlichen Anschlag in ortsbühler Weise bekannt gegeben.

Diefer Weg ist der ordnungsmäßige. Als ganz und gar unzulässig aber müßte man doch wohl ansehen, wenn die Odenburger verfassunggebende Landesversammlung, wie das nach § 94 des Verfassungsentwurfes beabsichtigt wird, kurzerhand beschließen würde, als erster ordentlicher Landtag des Freistaats Odenburg noch drei Jahre beieinander zu bleiben. Ein solcher Beschluß würde doch wohl aller Herkommen und allen staatsrechtlichen Grundgesetzen widersprechen! Darum wäre zu überlegen, ob nicht auch wir eine gleiche Volksabstimmung, wie sie in Waden durch Landtag und Regierung beschlossen worden ist, in Odenburg vornehmen müßten.

Die Zukunft der Provinz Lübed.

Folgende Schreiben gingen an den Landtag:

1. Nach Artikel 15 des Entwurfs einer Reichsverfassung muß damit gerednet werden, daß die Provinz Lübed von Odenburg getrennt und einem Nachbarstaate angegliedert wird. In diesem letzten Artikel und Abschn. entspricht uns ein Anschlag an Lübed, und bitten wir den Landtag, dieses bei seiner demnächstigen Beschlußfassung berücksichtigen zu wollen. Zeitungsmitteilungen zufolge sind im früheren Herzogtum Odenburg Bestrebungen vorhanden, welche darauf abzielen, unter Beirathung unserer Lebensintereffen bei den zwischenstaatlichen Verhandlungen die Provinz Lübed als Lausachobjekt zu behandeln, um dabei Vorteile zu Gunsten Odenburgs zu erreichen; hiergegen müssen wir mit aller Entschiedenheit Einspruch erheben. Bei unserer staatlichen Neugestaltung handelt es sich um unsere Zukunft und um unsere Interessen dürfen ausschlaggebend sein, auf Odenburg darf dabei so wenig Rücksicht genommen werden wie auf Birkenfeld, wenn dort etwa eine Arrondierung in Frage käme. Die einzelnen Teile des früheren Großherzogtums stehen wirtschaftlich und finanziell in gar keinem Zusammenhang, und es ist deshalb durchaus unzulässig, bei den staatlichen Umwoblungen dem einen Teile auf Kosten des anderen Vorteile irgend welcher Art zuzuwenden. Schließlich kommt bei der Frage der Abtrennung und anderweiter Angliederung der Provinz Lübed auch das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung in Frage, und zwar an erster Stelle (vergl. Art. 15 der Verfassung, neue Redaktion) und da kann es nicht zweifelhaft sein, daß bei einer Volksabstimmung unsere Provinz sich ganz überwiegend für Lübed erklären wird. Bad Schwartau, den 30. März 1919. Stadtmagistrat

strat und Stadtrat der Stadtgemeinde Bad Schwartau.

2. Eine öffentliche Versammlung in der Gemeinde Borsau nimmt mit aller Entschiedenheit Stellung gegen die sich in Odenburg geltend machenden Bestrebungen, die Provinz Lübed als Austauschobjekt zur Erlangung wirtschaftlicher und territorialer Vorteile zu benutzen. Die Provinz Lübed will selbst bestimmen, wohin sie gehört, und beansprucht die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Vorteile für sich. Nach Ansicht der Versammlung liegt der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Beziehungen bei Lübed.

Nach der Sprache der Schreiben zu urteilen, sieht es fast aus, als ob Lübed seine hundertjährige Zusammengehörigkeit mit dem alten Herzogtum Odenburg völlig vergessen hat, denn es scheint bei dem darauf ruhenden Rückblick zurück bei der Betonung seiner Interessen. Gewiß ergeht es auch an der Zeit, Fehler früherer Zeiten, die ein Selbstbestimmungsrecht nicht kannten, wieder gut zu machen, jedoch kommen hier zwei Interessen in Frage, die beide Berücksichtigung verlangen können, Lübed selbst und das Herzogtum. Lösung des Verhältnisses nur zu Gunsten eines Interesses ergeht auch jetzt noch nicht angängig. Zudem steht das englische Schicksal des § 15 der Reichsverfassung durchaus noch nicht fest. Wir können es dorecht nur für kein Unrecht ansehen, wenn Odenburg dahin streben würde, für die enit. Abtrennung der Fürstentümer Kompensationen territorialer Art zur Vergrößerung des Gebietes des alten Herzogtums zu erlangen. Dahin gehen in erster Linie unsere Interessen, um die Erhaltung unserer staatlichen Existenz. Hoffen wir, daß sich ein Ausgleich finden läßt, der beide Teile befriedigt.

Odenburgische Landesversammlung.

Frage der Milchbewirtschaftung und des Eierhandels.

3. ordentliche Sitzung am Mittwoch, dem 9. April. Präsidenten Tachen eröffnet die Sitzung. Nach Eintritt in die Tagesordnung werden zunächst 25 000 Mark bewilligt für die Beschaffung des für Ppplik, Chemie und Biologie im Realgymnasium erforderlichen Inventars und der Apparate. Das jetzige Gymnasialgebäude soll zur ausschließlichen Unterbringung des Realgymnasiums eingerichtet und das Gymnasium, dessen Schülerzahl sinkt, in einem kleinen Neubau oder im alten Palais untergebracht werden.

Interpellation von Wolm (Demokr.) bezügl. Besetzung der Direktorenstellen am Odenburger Gymnasium und am Lehrerseminar.

Minister Scheer teilt mit, daß der Interaktionsminister seit einiger Zeit erkannt ist. Das Direktorium hält es mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Frage für erwünscht, daß der Interaktionsminister die Anfrage persönlich beantwortet und erlaßt die Landesversammlung, die Interpellation bis zur hiesigen nächsten Sitzung des Ministers zurückzustellen. — Dem Wunsch des Ministers Söder wird entsprochen.

Die Eingabe von 13 rausagehörigen Stellenarbeiterinnen um Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage von 300 Mk. wird durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt.

Verordnung der Säuglinge mit Milch.

Abg. Wolm richtet folgende Interpellation an die Regierung: Welche Maßnahmen gegen die Regierung zu ergreifen, um für die nächste Zukunft die Ernährung der nicht von der Mutter gesäugten Säuglinge in den Städten und größeren Orten mit einwandfreier Milch sicherzustellen? — Die Interpellation wird damit beantwortet, daß die Säuglingsfrage während der Kriegsjahre namentlich in den Städten in erschreckendem Maße zugenommen hat. Dieser Umstand ist zu einem Teile auf die Unterernährung der werdenden und stillenden Mütter, zum anderen Teile aber auch darauf zurückzuführen, daß die nicht von der Mutter gesäugten Säuglinge in den Städten während des Sommers in der Regel aus den Sammelmolkereien Milch erhalten, die sich wegen veräpferter Anlieferung und unrichtiger Mischung seitens eines Teiles der Lieferanten bereits in mehr oder minder angefaultem Zustande befand, so daß sie beim Kochen gerann. Diese Milch sei Gift für die Säuglinge und habe die hohe Sterblichkeit derselben verursacht. Es müsse den Städten und größeren Orten gestaftet werden, mit geeigneten Säuglingsmischungen Verträge auf Lieferung einwandfreier Säuglingsmilch abzuschließen.

Ob. Ober-Reg.-Rat Willm 2: Die Anfrage geht von der Annahme aus, daß Maßnahmen notwendig sind, um eine bessere Versorgung der Säuglinge mit Milch herbeizuführen. Diese Annahme ist unzutreffend. Nach den Anordnungen und Maßnahmen der Landesstelle ist die Versorgung der Säuglinge mit Milch durchaus sicher gestellt. Es kommt darauf an, daß wir die Mischungen in die Hand bekommen und gleichmäßig verteilen können. Der Interpellant hat wahrscheinlich die Milchlieferung in Delmenhorst im Auge. Würde Delmenhorst sich mehr als bisher unter die Bedingungen und Anordnungen der Landesstelle stellen, dann würde dort die Milchlieferung eine bessere sein. Schon seit Jahren haben Verhandlungen stattgefunden über die Milchlieferung an die Molkereien. Die Kubhalter liefern die Milch direkt an die Verbraucher. Hierin ist bisher kein Abbau eingetreten, sondern die direkt verkauften Milch sind vergrößert worden. Hierdurch vermindern den großen Mischungen und geben der Landesstelle für die Verteilung größere Anstalten in Odenburg und Milchzentralen eingerichtet worden, die sich durchaus bewährt haben. Eine solche Milchzentrale muß auch in Delmenhorst eingerichtet werden, dann werden die dortigen Lebensstände bald befriedigt sein. Den jetzigen Zustand dürfen wir auf die Dauer nicht dulden. Nur eine gut geleitete Molkerei entspricht der

erheblich allen Anforderungen. In Aufträgen und Dienenburg ist die Vollmacht fadlos. Für Delmenhorst liegen die Verhältnisse insofern günstig, weil in Hude und Gröppendörfern Molkereien eingerichtet sind.

Abg. Blohm: In Delmenhorst haben wir keine genügende Milchmenge, gebot, nur die Qualität vor sich einwandfrei. Dies kommt daher, weil nicht alle Landwirte sauber mit der Milch umgehen. Ob es möglich sein wird, durch bessere technische Einrichtungen Abhilfe zu schaffen, muß ich einweilen bezweifeln.

Abg. Schmidt: Neben der Milch ist die Verfertigung der Kinder mit Eier n von hoher Bedeutung. Seitdem der Handel mit Eiern frei gegeben ist, ist ein Zustand eingetreten, der geradezu himmelstreichend ist. Eier sind heute nur noch zu Wucherpreisen zu haben. Der Preis für ein Dutzend Eier ist heute auf 1,50 bis 2,00 Mk. gestiegen. Die Eierpreise sind heute auf 1,50 bis 2,00 Mk. gestiegen. Die Eierpreise sind heute auf 1,50 bis 2,00 Mk. gestiegen.

Geb. Ober-Reg.-Rat Willms: Die Folgen haben wir vorhergesehen. Die Landesregierung hat daher am 25. März die Eiergenossenschaften und Milchgenossenschaften telegraphisch ersucht, Maßnahmen gegen die zu erwartende hohe Preissteigerung zu ergreifen. Unser ganzes Land ist überflutet worden von Bewohnern namentlich aus dem Rheinlande, die Eier zu solchen Preisen aufgekauft haben. Um die Verfertigung der Krankenbäcker und Logarette sicher zu stellen, sollen der Landesregierung 25 Proz. der abgelieferten Eier von den Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Es wird kaum möglich sein, bei den heutigen hohen Preisen, daß die Krankenbäcker und Logarette zu den bisherigen billigen Preisen liefern können. Nach der Rechtslage sind wir nicht in der Lage, einzuschreiten zu können, da die Anordnung der Reichsregierung ohne Vorbehalt erfolgt ist. In Jener und Kloppenburg ist ein Höchstpreis von 30 Pfg. für ein Ei festgesetzt. Sollte der jetzige Zustand nicht besser, wird eine ergreifende Maßnahme zu ergreifen werden müssen. Eine Zwangsbelieferung wieder einzuführen, erscheint nicht möglich.

Abg. Hug meint, daß von der Landesregierung hinsichtlich der Milchverfertigung angeordnete Verfahren für besser, als durch die direkte Belieferung der Verbraucher seitens der Erzeuger. Die Gemeinden müssen die Milchverfertigung in eigene Regie nehmen. Die Milchprüfer sind umgehört worden. Mit den Eiern sei eine able Gerechtigkeit. Schlimmer konnte es sich nicht zeigen als es mit den Eiern geschehen, daß eine Zwangsbelieferung in der heutigen Zeit noch notwendig ist.

ist, wie es vorliegt, die Erzeuger demnach gefällig, muß auch der kleine Erzeuger direkt liefern können.

Abg. Hug verdammt den Wucher in jeder Form. Die Preise sind 1 Mk. und 1 Mk. 50 Pfg. für ein Ei seien viel zu hoch. Im übrigen bleibt Redner bei seiner Ansicht, daß eine Belieferung mit Milch durch eine Zentralmolkerei am besten ist.

Abg. Blohm stellt den Antrag, das Direktorium zu erziehen, daß die Produktion von Milch durch die Erzeuger zu erhöhen, daß die Verfertigung der Säuglinge mit einwandfreier Milch durchgeführt werden kann. Der Antrag wird angenommen.

Im weiteren Verlauf der Debatte wird die Landesversammlung von Freitag an bis zum 29. April vertagt.

W a u m ü l l e r meint, ein Preis von 50 Pfg. für ein Ei sei hoch genug. Sämtliche Eier müssen durch die Genossenschaft erfaßt werden. Den Landwirten müsse man als Gegenleistung Kundendünge liefern, denn würden alle Eier restlos abgekauft. Um Kundendünge sind die Landwirte sehr verlegen. Die Zwangswirtschaft hat absolut sehr. Die Hamsterer verschwinden nicht vom Lande.

Abg. Fröhle stimmt den beiden Vordrängern zu. Es herrsche ein großer Mangel an Kundendünge. Hier muß etwas geschehen, sonst liegt die Landwirtschaft bald am Boden. Ferner müssen in unserem Lande und den Nachbarorten einbeißliche Preise festgesetzt werden für Eier.

Geb. Ober-Reg.-Rat Willms weist darauf hin, daß die Zwangswirtschaft mit Eiern unbedingte aufgehoben werden ist. Schon im vorigen Jahre habe man versucht, einen Einheitspreis für Eier in Oldenburg, Hannover, Bremen festzusetzen. Auch jetzt wieder habe man diesbezüglich verhandelt. Die Entscheidung steht noch aus.

Abg. Encking: Nichts ist schwieriger als die restlose Erfassung von Milch und Eiern. Schon seit 3 Jahren ist er bemüht, hier einen guten Ausweg zu schaffen. 70 Pfg. für ein Ei sei ein angemessener Preis. (Zuruf: viel zu hoch.) Dann beschlagnahmen Sie die Hühner und füttern diese, dann werden Sie bald feststellen, welche Kosten entstehen. In Delmenhorst liege sich auch mit den besten Einrichtungen nichts machen. (Jamobi!) Wollen wir gute Verhältnisse schaffen, dann muß die Milch zweimal am Tage abgekauft werden. Vor allem aber muß die Morgenmilch für sich abgekauft werden. Den Landwirten muß man entgegenkommen. Denn diese müssen für alle Produkte auch hohe Preise bezahlen. Gerade die Landwirte haben sich während des Krieges genügend gemächt.

Abg. Raschke: Es ist ein Gebot der Stunde, daß wir die erforderliche Milchmenge sicher stellen. Es würde eine Verfechtung bedeuten, wenn die direkte Belieferung durch die

Landesregierung durch die Zwangswirtschaft zu erreichen, daß die Verfertigung der Säuglinge mit einwandfreier Milch durchgeführt werden kann.

Der Antrag wird angenommen.

Im weiteren Verlauf der Debatte wird die Landesversammlung von Freitag an bis zum 29. April vertagt.

W a u m ü l l e r meint, ein Preis von 50 Pfg. für ein Ei sei hoch genug. Sämtliche Eier müssen durch die Genossenschaft erfaßt werden. Den Landwirten müsse man als Gegenleistung Kundendünge liefern, denn würden alle Eier restlos abgekauft. Um Kundendünge sind die Landwirte sehr verlegen. Die Zwangswirtschaft hat absolut sehr. Die Hamsterer verschwinden nicht vom Lande.

Abg. Fröhle stimmt den beiden Vordrängern zu. Es herrsche ein großer Mangel an Kundendünge. Hier muß etwas geschehen, sonst liegt die Landwirtschaft bald am Boden. Ferner müssen in unserem Lande und den Nachbarorten einbeißliche Preise festgesetzt werden für Eier.

Geb. Ober-Reg.-Rat Willms weist darauf hin, daß die Zwangswirtschaft mit Eiern unbedingte aufgehoben werden ist. Schon im vorigen Jahre habe man versucht, einen Einheitspreis für Eier in Oldenburg, Hannover, Bremen festzusetzen. Auch jetzt wieder habe man diesbezüglich verhandelt. Die Entscheidung steht noch aus.

Abg. Encking: Nichts ist schwieriger als die restlose Erfassung von Milch und Eiern. Schon seit 3 Jahren ist er bemüht, hier einen guten Ausweg zu schaffen. 70 Pfg. für ein Ei sei ein angemessener Preis. (Zuruf: viel zu hoch.) Dann beschlagnahmen Sie die Hühner und füttern diese, dann werden Sie bald feststellen, welche Kosten entstehen. In Delmenhorst liege sich auch mit den besten Einrichtungen nichts machen. (Jamobi!) Wollen wir gute Verhältnisse schaffen, dann muß die Milch zweimal am Tage abgekauft werden. Vor allem aber muß die Morgenmilch für sich abgekauft werden. Den Landwirten muß man entgegenkommen. Denn diese müssen für alle Produkte auch hohe Preise bezahlen. Gerade die Landwirte haben sich während des Krieges genügend gemächt.

Abg. Raschke: Es ist ein Gebot der Stunde, daß wir die erforderliche Milchmenge sicher stellen. Es würde eine Verfechtung bedeuten, wenn die direkte Belieferung durch die

Der Streik der Bankbeamten noch nicht beendet.

TU. Berlin, 10. April. (Draht.) Der Streik der Bankbeamten hat heute zu einer völligen Schließung aller Berliner Banken und ihrer Nebenstellen geführt. Die Berliner Handels-Gesellschaft ist geschlossen. Auch die deutsche Bank hat sich, der B. S. zufolge, genötigt gesehen, ihre Büros geschlossen zu halten, um gegen Zwangsmaßnahmen, die sich zwischen Streikposten und Arbeitswilligen abspielen, geschützt zu sein. Verhandlungen im Reichsarbeitsamt dauern noch an.

Streik und Gegenstreik in Braunschweig. TU. Braunschweig, 10. April. (Draht.) Wie die TU. berichtet, liegt in Braunschweig alles still. Die Geschäfte sind geschlossen. Von heute ab müßten die Straßen abends um 9 Uhr ohne Licht sein. Die bürgerlichen Zeitungen erscheinen nicht. Auch das Organ der Unabhängigen, die Braunschweiger Anzeigen, ist nicht erschienen. Die Eisenbahner haben sich dem Generalstreik angeschlossen. Für heute 10 Uhr war eine Versammlung geplant mit anschließendem Demonstrationzug.

England und die Sowjetregierung. TU. Amsterdam, 10. April. (Draht.) Aus London wird gemeldet: Im Laufe der Besprechung im Unterhaus über das sogenannte Friedensangebot Lenins erklärte der Staatssekretär des Innern, Short im Namen der Regierung, daß sich in England bolschewistische Agenten aufhielten, die schwer zu fangen seien, deren Umgang aber sorgfältig beobachtet würde. Obwohl wir bereit sind, mit einer möglichst stabilen Regierung in Russland zu unterhandeln, so können wir doch nicht mit einer Bande blutdürstiger Schurken zu tun haben. Die britische Gesandtschaft in Paris soll eine Anfrage von Lenin erhalten haben, aber, wie Short weiter berichtet, ist kein Vorschlag Lenins nach Paris gemacht worden.

Portugal hat 7 Millionen Einwohner, Deutschland 65 Millionen. Portugal soll seine Kolonien behalten, Deutschland der seinen beraubt werden. Das nennt die Entente Gerechtigkeit! Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Wechta. Druck und Verlag: Wechta Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Wechta.

**Bekanntmachung.**

Mit Rücksicht auf den vom Viehverwertungsausschuss gebilligten Antrag stellt sich der Preis des Viehes von dem Silbeshäuter Vieh von jetzt ab auf 2,10 Mk. für das Pfund.

**Bekanntmachung.**

Unter meiner Nachweisung ist eine geschlossene Fläche Landes, zum Teil Moorland mit Torfstich, zur Größe von ca. 60 Hektar, wovon ca. 25 Hektar in Kultur sind, belegen am Gilsbeßfedner-Kanal, preiswert zu kaufen.

**Dreschschak-Verkauf.**

Der Endbestimmungszeitpunkt läßt wegzugshalber heute 1907 gebaute

**Sotomobile nebst Dreschmaschine mit doppelt. Reinig. und Binder**

am Mittwoch, dem 16. April, vormittags 10 Uhr öffentlich meistbietend gegen Vorzahlung verkaufen. Der Dreschschak steht am Verkaufstage beim Bahnhofsplatze in der Nähe des neuen Landestages, an der Wechtaer Chaussee.

**3 Jahre braune tragende Zitate**

zu verkaufen oder gegen Arbeitspferd zu verdingen. Größe 1,68. Wer, sagt die Geschäftsstelle der „Oldenburgischen Volkszeitung“, Wechta.

**Brennholzabgabe.**

Durch Bernhard Anten, Welpse, sind noch 30—40 Suder Brennholz abzugeben. Anweisung Dienstag, den 15. d. Mt., 10 Uhr vormittags.

**Am Samstag, dem 12. April d. Js., nachmittags 6 Uhr,**

werde ich in der Wirtschaft von Gustav Janßen hier, öffentlich meistbietend verkaufen: 1. Für das St. Marien-Hospital hier, a. Für 4, Parzelle 166, groß 73 qm (Scheune bei Burhorst). b. Für 3, Parzelle 310/177, groß 11 a, 48 qm, Garten im Kampgarten. 2. Für den Tischlermeister Jos. Pundt hier, das an der Kronenstr. belegene 3. St. von El. Themann bewohnte Wohnhaus. Es ist nur 1 Zusatz vorgesehen und wird in diesem Termin der Zuschlag erfolgen.

**Holz-Verkauf.**

Am Freitag, 11. April 1919, nachmittags 3 Uhr anfangend, läßt Jeller h. Stever-Pöcking in Südohne 40 Haufen Tannen zu Sparen, Latzen, Nadeln und Bindesäumen öffentl. meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Veranlassung bei El. Beider, nahe an der Diepholzer Chaussee. Käufer ladet ein. Sohne, April 1919.

**holländ. Schafe mit Lämmern**

zu verkaufen. Herm. Herzog, Deindrup.

**Brenntorf**

aller Art laufe größere Mengen zur Lieferung in den Sommer- u. Herbstmonaten. Off. Angebote erbittet Samuel Jeniger, Bad Pyromont.

**Land-Verkauf**

bei Hollen-Ramsloh. Frau Ww. Dr. Febering in Hollen bei Ramsloh läßt

am Dienstag, 22. April, nachm. 3 Uhr in Wäbbers Wirtschaft in Hollen folgende Grundstücke öffentlich gegen Meistgebot verkaufen, als: a. 1 Moor mit Torfstich „Wäbberdie“, belegen westwärts Hollen, 12.49.76 ha groß, belegen doi., b. 1 Moor mit Torfstich „Siphorne“, 5.03.34 ha groß, belegen doi., c. 1 untl. Pladen „Im Brande“, 3.40.82 ha groß, belegen doi., d. 1 untl. Pladen „Im Brande“, 2.13.39 ha groß, belegen doi., e. 1 Moorpladen (Anschuß) unt., belegen ostwärts Hollen, ca. 30 Scheffel, groß. f. 1 Wiese, gen. „Dillwiese“, bei Hollen belegen, g. 4 Ende Aderland, belegen im Eschreiter Eich, 1 a 10 qm.

Für f und g werden die Größen im Termine bekannt gegeben. Die Verkaufsbedingungen sind günstig gestellt. Kaufsüchtige ladet ein. Barzel, den 8. 4. 1919.

**Serabella**

in bestem Säden, hochstehmäßig, hat abzugeben Cappeln i. D. Clemens Frieling.

**Kartoffel-Abnahme am Bahnhof Dinklage**

am Dienstag, dem 15. April d. Js., von morgens 8 bis 3 Uhr nachm. Anmeldungen erbitten sofort. Die Not in den Gärten ist aufs höchste gestiegen. Am Anruhen und weitere Revisionen zu vermeiden, wollen alle Erzeuger, welche ihrer Lieferungsverpflichtung noch nicht genügt haben, nunmehr unbedingt abliefern. Eine weitere Abnahme findet nicht statt.

**Kraftfahr-Personal!**

Für Grenz- und Heimatschutz werden Fahrer mit Führerschein II sowie Büropersonal, die bei Kommandeuren der Kraftfahrtruppen tätig gewesen sind, gesucht. (Betriebsstoff-Abg. pp.) Meldungen persönlich oder schriftlich an untergeordnete Dienststelle. Generalkommando 10. A. s. Referent für Kraftfahrwesen. Hannover, Wolffstr. 3. 2. Stod.

**Wohnhaus,**

auch als Geschäftsraum passend, mit großem, ein-gegliedertem Garten, an guter Lage in So h n e, zu verkaufen. Näheres unter T. B 50 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Erste Strumpf-Reparatur-Anstalt** hier am Plage. **Gesw. Hegeler,** Oldenburg, Blumenstraße 56. Schnellste Bedienung. Sorgfältigste Materialauswahl.

Eine fast neue **Hobelbank** mit Zimmergerätschaften zu verkaufen. Frau Ww. A. v. Schöden Wechta, Münsterstr. 30.

Süßlichen Teint, Hautausschläge, Mittel, Pflad, befeuchtet. Sie durch eine Blutreinigungskur m

**Stachelndraht, Rübenschneider, Strohschneider** empfiehlt.

**Sarjafan-Blutreinigungskur.** Wohlgeschmeckt, leicht verträglich, viele Dank-schreiben. 1 Flasche 3 Mk., 3 Flaschen (für eine Kur ausreichend) 8 Mk.

**Josef Warnking, Wechta.**

Apothekere in Neuenkirchen i. Dib.

**Muscheln** (für Geflügel) ist eingetroffen. Versand nach jeder Bahnhofsstation. Cade sind mitzubringen oder einzuführen.

Rehne Anbauvertr. **auf Glas** entgegen.

**Joel Warnking, Wechta.**

Bei einer Anbaufläche von 25 ar kann Ammonial geliefert werden. Bei Anträgen bitte Rückporto belegen.

**Schafschämmer** und 1 schönes, schwarz-buntes Kuhkalb hat zu verkaufen.

**Joel Haskamp** bei Steinfeld.

**Waiderschrank** und blaues **Cheviotkostüm** Nr. 42. Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Kaufe jeden Posten aus-gelämmter **Frauenhaare** Br. Schöne, Wechta.

**1 bis 2 Stangen Schweine** zum Weiterfüttern, zu kaufen gesucht. Angebote unter 2320 an die Diepholzer Kreiszeitg.

**Eier** nehme jedes Quantum ab Eierverleandhaus, Dinklagestr. 4

**Portemonnaie mit Inhalt verloren** von Münsterstr. 65 bis zum Bahnhof. Es wird gebeten, die in der Geschäftsstelle d. Bl. abzugeben.

**ff. gebr. Kaffee.**  
Batum. Louis Wedmann.

Erfiehlt neue, große Sendung

**Porzellan- u. Glaswaren**  
Batum. Louis Wedmann.

**Rosen angekommen**

und empfiehlt Gärtnerei Anagge.

**Einen Posten Herrenhemde**

aus prima Hemdentuch und Nessel, ferner

**Herrenhemde,**  
gestreift, Barchent und grau, solange Vorrat reicht.

**Bisbel. Ahmann & Brockmann.**

**Anzugstoffe**

in prima Qualität und schönen Mustern sind wieder  
eingetroffen.

**Bisbel. Ahmann & Brockmann.**

**Prima Seradella**

vorrätig, doppelt gereinigt. Sachweise à Pfd. 1.05 Mk.

**Damme. C. H. Mähler.**

**Kleiderstoffe**

in verschiedenen Farben,  
das Meter von 14.50 an bis zu 25.00 Mark.

**Stroh Hüte**

für Herren und Knaben, in allen Sorten empfiehlt

**Bisbel. Clem. v. Döllen.**

**Seradella und Rottlee**

noch abzugeben.

**Bisbel. Clem. v. Döllen.**

Erfiehlt eine neue Sendung in

**Gardinen und Stühlen**

und halte mich bei Bedarf bestens empfohlen.

**Josef Kalthoff, Visbek.**  
Sattlerei, Möbellager, Kurz- u. Galanteriewaren.

Prima reinwollene

**Anzüge u. Kostümstoffe**

blau, schwarz und gemustert, Friedensqualitäten,  
sind nun eingetroffen.

**Dinklage. F. J. Wählmann.**

**Lampen, Knochen, Altpapier, Metalle, Wildfelle, Häute, Alteisen**  
kauft ständig  
**N. Rehausen, Vechta,**  
Burgstrasse 2.

**Landwirtsch. Maschinen**

jeglicher Art, erstklassige Fabrikate, mit Garantie-  
leistung, liefert fortw.

**Joh. Dellas, Goldenstedt (Bahnhof).**

**Düngerstreumaschinen**

eingetroffen.  
Holzkonstruktion, für sämtlichen Rausdünger brauch-  
bar, gebe zur Probe ab. D. D.

Erfalte in den nächsten Tagen Ladungen

**Schwefel. Ammoniat,**

**40-42% Kali**

an der Bahn, wovon noch abgebe, und  
gemahleneu Kaff.

Bitte um Bestellung, auch von denjenigen, die  
bestellt haben.

**Goldenstedt Wf. Arnold Meyer**

**Kaufe Fibrikier**  
zum höchsten Preise.

**Damme, Tel. 23. C. H. Mähler.**

**„Concordia“**  
Cölnische Lebensversicherungsgesellschaft  
Cöln :: Errichtet 1853.  
Grundkapital 30 Millionen Mark.

**Lebensversicherung — die beste Kapitalanlage**  
Fordern Sie unsere Schrift:  
:: Lebensversicherung und Sparkasse ::

**Auskunft durch:**  
Generalvertreter Heinrich Lier, Hannover, Körnerstr. 13, Tel. Nord 7247, Richard Beckmann, Löhne, Arnold Frerker Jr., Dinklage, Albert Sommerfeld, Vechta, Heinrich Rasing, Damme, B. Johanning, Holdorf, C. August Böjmann, Steinfeld.

**Heu, Stroh, Runkel- und Steckrüben, sowie Wurzeln**  
kauft jedes Quantum auf sofort oder später  
**Joh. Dellas, Goldenstedt (Bahnhof).**

**Seradella**  
in doppelt gereinigter Ware ist eingetroffen.  
**Genossenschaftshäufelschneiderei Goldenstedt**  
Erhalte in den ersten Tagen  
**22% Kali-Düngersalz,**  
**55% Chorkalium,**  
woronf Bestellungen entgegen nehme.  
**Batum. Louis Wedmann.**

**Damen-Lux.**  
Ahmann & Brockmann, Visbek.

**Kohlenhändler**  
zugelassen. Anmeldungen zur Eintragung in die  
Kundenliste erwünscht.  
**Bernard Kalvelage, Löhne,**  
Marktstraße 1.  
Empfehlen erstklassige  
**Mähmaschinen**  
und sämtliche  
**landwirtsch. Maschinen,**  
auf Lager vorrädig.  
**G. Heitjan, Büsche. S. Heitjan, Bevern.**

**Elektromotore**  
in allen Größen, mit Kupferwicklung in Friedens-  
ausführung liefert kurzfristig und preiswert.  
**S. Budde, Oldenburg,**  
Maschinen u. Motoren, Kaiserstr. 14.  
In Sonn- und Festtagen finden  
**keine Sprechstunden**  
statt. Die Ärzte sind nur in dringenden Fällen  
zu sprechen.  
**Herzverein Oldenburg und Umgebung.**

Ich übe meine Praxis wieder aus.  
**Dr. med. Geyer,**  
Bahnhofstr. 6. Oldenburg. Fernruf 446.  
Arzt für  
**Ohren-, Nasen- u. Halsleiden.**  
Sprechstunden:  
Wochentags von 10-12 Uhr, 3-5 Uhr.

**Landwirtsch. Verein Vechta.**  
Versammlung am Sonntag, 13. April, nachm.  
4.30 Uhr im Gasthause Schäfer zu Vechta.  
1. Vortrag des Deponierat Juntmann über  
die Lage der Landwirtschaft, und in welcher  
Weise begegnen wir den Schwierigkeiten?  
2. Vergleichendes.

Junger Mann, 18 J.,  
der mit sämtlichen land-  
wirtschaftlichen Arbeiten  
und Maschinen vertraut  
ist, sucht  
**Stellung.**

Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Vechta.  
Suche sofort oder zum  
1. Mai n. Cloppenburg  
zwei Stellmacher-  
Gefellen

auf dauernde Arbeit. Gut.  
Verpflegung im Hause.  
Stellmacher u. Wagen-  
bau m. Kraftbetrieb. 195  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Vechta i. O.

**1 Tischler und  
1 Eisendreher**  
gesucht  
191  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Vechta.

**2 tüchtige  
Klempner- und  
Kupferschmiede-  
geselle**  
auf sofort gesucht.  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Vechta.

Gesucht zum 1. Novbr.  
durchaus erfahrenes kath.  
**Mädchen**  
für etwas Vieh- und  
Hausarbeit gegen hohen  
Lohn und guter Be-  
handlung. 187  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Vechta i. O.

Gesucht zu Anfang  
Mai ein 14-15jähriges  
**kath. Mädchen**  
zur Beaufsichtigung der  
Kinder und für leichte  
Hausarbeit.

**Achtung!**  
Frau Renim, Frölich,  
Burg Dinklage.  
Durch Landesarbeits-  
nachweis, Geschäftsstelle  
Dinklage.

Kleine Familie sucht  
zum 1. November 1919  
ein kleines  
**Gaus mit Garten**  
zu mieten. Offerten unter  
Nr. 830 an die Ge-  
schäftsstelle d. Bl.

Für 4 erholungsbe-  
dürftige Kinder von 6  
bis 12 Jahren wird  
**Unterkunft**  
auf dem Lande gesucht.  
Katholisches Pfarramt,  
Nüftringen.

Zuverl. anst. kath. Witwe  
mit schulpf. stillen Mäd-  
chen sucht gegen Verrech-  
tung von Hausarbeit  
**Aufenthalt**  
auf dem Lande.  
Angebote unter Nr. 23  
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Suche baldigt einen  
**Schmiede-Lehrling**  
unter günstigen Bedin-  
gungen. 196  
G. Heitjan, Schmiede-  
meister, Büsche.  
Durch Landesarbeits-  
nachweis, Geschäftsstelle  
Vechta.

Gesucht auf sofort  
**2 Schuhmacher-  
gesellen**  
auf dauernde Arbeit. 189  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Vechta.

Für einen Sohn ach-  
tbarer Eltern, 15 Jahre  
alt, mit guten Schul-  
kenntnissen wird eine  
Stelle als 198  
**Kaufmannslehrling,**  
einerlei welcher Branche  
gesucht.  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Vechta.

Suche zum 1. Mai d.  
J. s. einen  
**Knecht,**  
welcher mit Pferden um-  
gehen kann.  
Zof. Gämmacher,  
Dinklage.  
Durch Landesarbeits-  
nachweis, Geschäftsstelle  
Vechta.

**Zahnleidende!!**  
Zähne werden schmerzlos unter lang-  
jähriger Garantie naturgetreu eingesetzt.  
Plomben in Gold, Porzellan, Amalgam etc.  
Fast schmerzloses Zaholehen mittels elek-  
trischer Anästhesie, Nervenlösen, Zahnreinigung etc.  
Plattenloser Zahersatz. Schönendste  
Behandlung.  
**Aug. Loewenstein, Zahnpraxis,**  
Löhne i. O.  
Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag  
ununterbrochen von morgens 8 bis 1/2 5 Uhr  
nachm. im Hause des Hotels Bitter,  
Lindenstrasse, Ecke Brinkstrasse.

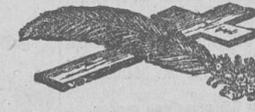
Gegen hohe Prohibition werden  
**Einkäufer**  
für frische Hüternereier usw.  
gesucht. Verpflegungsmaterial wird geliefert,  
daher wenig Mühe und kein Risiko. Webun-  
gen erbeten an  
**D. G. Lampe,**  
Oldenburg i. Gr., Langestr. 88.

**Versammlung des Vereins für  
Kriegsbeschädigte, Steinfeld,**  
am Sonntag, 13. April, nachm. 5 Uhr, im Saale  
der Wirtin Aug. Peters, Wv.  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Delegierten vom Landesverbandes-  
tag.  
2. Aufnahme neuer Mitglieder.  
3. Berichtabens.  
Mögl. zahlreiches Erscheinen (evtl. Namen-  
den mitbringen) empfiehlt Der Vorstand.

**Landwirtsch. Verein Dinklage.**  
Versammlung am 13. April, nachm. 4 Uhr im  
Vereinslokal.  
Tagesordnung:  
1. Eingänge und Mitteilungen.  
2. Aufnahme neuer Mitglieder.  
3. Vortrag von Herrn Deponierat Bohrau  
über Viehwirtschaft.  
4. Vortrag von Herr Aug. Behage über Ge-  
nosenschaftswesen.  
5. Fragestücken.  
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
Der Vorstand.

**Kreuzbündnis Vechta.**  
Unser Mitglied  
**Frau Rosemeyer**  
ist gestorben und wird Samstag morgen 10  
Uhr beerdigt  
Für das verstorbene Mitglied  
**Maria Debring**  
wird eine hl. Messe am Montag, dem 14.  
April, morgens 7 1/2 Uhr in der Pfarrkirche  
und für die verstorbene  
**Frau Ww. Willenberg**  
am Dienstag, dem 15. April, morgens 7 1/2  
Uhr.

**Statt besonderer Anzeige.**



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen  
6 Uhr meine innigstgeliebte Frau, meiner Kinder treuherzige  
Mutter, unsere Schwester, Schwiegerin und Tante, die  
**Chefrau Herm. Rosemeyer**  
geb. Ida Meerzoph  
zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb nach langem,  
schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohlber-  
bereitet durch einen christlichen frommen Lebenswandel und  
stets geküßt durch die hl. Sterbesakramente, im 39. Lebensjahre.  
Um ein andächtiges Gebet für die Verstorbene bitte  
**Der tieftrauernde Gatte**  
und Kinder nebst Angehörigen.  
Vechta, Löhningen, Langförden, Oldenburg, Warftein,  
Bisbel, den 9. April 1919.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 12. April,  
morgens 10 1/2 Uhr, vom Krankenhause in Vechta aus statt.

# 2. Blatt der Oldenburgischen Volkszeitung.

## Die Gemeinderatswahlen in der Provinz Oldenburg.

Nach dem Ausfall der vorangegangenen Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften war es vorzuziehen, daß bei Übertragung desselben Wahlsystems auf die Wahlen zum Gemeinderat große Verschiebungen in der Zusammenfassung großer Körperschaften eintreten würden. Der politische Charakter der Wahl ist naturgemäß nur im Norden zum Vorchein gekommen, und auch dort nicht überall. Im Münsterlande frug die Wahl völlig unpolitischen Charakter. Nach unserer Kenntnis sind sämtliche Gemeinderäte des Münsterlandes sozialistisch geblieben. Nur in Cloppenburg trat man mit einer sog. List auf, erreichte jedoch nur einige wenige Stimmen. In einer beträchtlichen Anzahl Orten der Provinz hatte man sich auf eine Liste geeinigt, sodaß keine Wahl stattgefunden brauchte. Wir glauben, daß, wenn das Direktorium diesen Weg sofort in ihrer ersten Verordnungsliste als gängig bezeichnet haben würde, in weiteren Fällen Einigung erzielt worden wäre. Wie nach den Wahlen im Januar und Februar nicht anders zu erwarten war, hat die Sozialdemokratie im Norden, wo im Gemeinderat früher die Liberalen mehr oder weniger dominiert waren, beträchtliche Erfolge erzielen können. Außer in einigen kleineren Orten der nördlichen Kreise erhielten sie die Mehrheit in Delmenhorst und Nordenham, dagegen haben Sie Oldenburg, Stadt Varel und Jever starke bürgerliche Mehrheiten. Ruffingen besaß bisher einen in seiner überwiegenden Mehrheit sozialdemokratischen Stadtrat. Hierin hat sich nichts geändert, nur sehr sehr ist die sozial. Mehrheit aus 9 Mehrheitsfraktionen und 7 Unabhängigen zusammen. Es ist übrigens bemerkenswert, daß die Zusammensetzung der Unabhängigen im Verhältnis zu der der Mehrheitsfraktionen gegenüber den Joffern der Nationalwahlen bedeutend konstanter geblieben ist. Der Bürgerkampf in der Sozialdemokratie, der in Ruffingen 3. W. in wenig konzentrierter Weise ausgefochten wird, wird zweifellos die Aktionsfähigkeit der feindseligen Brüder schwächen. Wenn das Bürgerum einig ist, wird es auch gegenüber einer sog. Mehrheit, die zudem noch gespalten ist, zu seinem Recht kommen. Die Wahlteilnahme war im Gesamtdurchschnitt bedeutend geringer als bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften. Die Wahlmündigkeit hat alle Parteien ergriffen, die Sozialdemokratie nicht ausgenommen. Das Zentrum kam dort, wo es als Partei bei den Wahlen herortrat, nicht zum Ausdruck, sondern sein Es hat keine Stimmkraft verloren, besser behaupten können die übrigen Parteien. Das trifft besonders in Delmenhorst hervor, wo im übrigen die bisherige bürgerliche Mehrheit im Gesamtschatz verloren ging. Das Zentrum brachte im Januar 555 Stimmen auf, gegen 636 am 23. Februar. Im Gesamtschatz hat das Zentrum jetzt 3 Vertreter gegen 2 bisher. Ebenfalls ist das Zentrum vertreten in den Gemeinderäten von Varel, Oldenburg und Ruffingen.

## Aus dem Oldenburg. Münsterlande.

Bedtha, 11. April.

Zur Frage der Eierablieferung schreibt der Oldenburger Landbote: So wichtig der Abbau der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten ist, so wenig zweckmäßig erscheint die Art des Abbaues bei den Eiern, weil die Gefahr des Wunders zu groß ist. Wir richten an alle Mitglieder des Landbundes die dringende Bitte, mit allen Kräften zu verfahren, daß wenigstens kein Erzeuger unseres Landes sich ein Elterer als so sehr, das Stück abzuhängen läßt. Kein Ei darf in laiche Hände geraten, sondern alles muß in die Hände der Kaufleute und behördlich vereideten Sammelstellen abgeliefert werden. Sonst ist Wucher unausbleiblich, und der städtische Verbraucher leidet dann die Schuld wieder auf den Landwirt, der so schon oft unzulässig verächtlich wird. Von vielen Eierverkaufsstellen wissen wir, daß sie jeder Preisüberhöhung entgegenwirken. Sorgt alle dafür, daß keine Ausnahmen gemacht werden! Aus kleinem Scheinbarem Vorteil erwachen sonst der ganzen Landwirtschaft die allerhöchsten Nachteile. Alle einsichtigen Kreise des Landbundes müssen aufklären wirken, weil viele nicht wissen, was auf dem Spiele steht.

Die Kriegshinterbliebenen und -Verwundeten. In vielen deutschen Städten und Bezirken, auch in der Stadt Oldenburg, haben sich neuerdings die Kriegshinterbliebenen in Anlehnung an die Vereine der Kriegshinterbliebenen zusammengefaßt, um auf diese Weise ihre Rechte und Wünsche besser vertreten zu können. Die Anregung dazu ist wohl von den Verbänden der Kriegshinterbliebenen ausgegangen, eben von dem Gesichtspunkte aus, daß gerade die Kriegshinterbliebenen es sind, denen mit zurecht hilfreich in Rat und Tat zur Seite treten werden muß. Damit verfußt man die Gebührende einzulösen, die den gefallenen Kameraden oft noch im letzten Lebensaugenblick gekannt worden. So mancher würde die Hilfe, die ihm oder seiner, flüsternd noch im letzten Atemzuge aus bejagtem Herzen: Sorgt doch für Frau und Kinder! Diese Bitten sind ein Vernehmliches, das erfüllt werden muß, soweit es eben möglich ist. Damit wird auch den Fernstehenden das beste Andenken bewahrt. Der Verein der Kriegshinterbliebenen will nun seinen Kreis auch eine besondere Abteilung für Kriegshinterbliebenen angliedern, um die Anliegen der Kriegswitwen und -Waisen nach Kräften vertreten zu können. Für nächsten Sonntag, den

13. d. Mts., werden die Kriegswitwen eingeladen, um 3 Uhr in Weichers Saal an der Versammlung der Kriegshinterbliebenen teilzunehmen, ob sie sich dem Verein als eine besondere Gruppe anschließen wollen. Nach erfolgter Gründung wird der Verein, um den Ansprüchen besser gerecht werden zu können, zunächst regelmäßige Beratungsmittagessen einleiten, wo jede Kriegshinterbliebene und jeder Kriegshinterbliebender seine Anliegen kostenlos erledigen kann. Auf die Versammlung werden die Hinterbliebenen und Verwundeten hingewiesen und alle, auch die Kriegsteilnehmer, soweit sie für den Verein in Betracht kommen, und die Vereinstreue herzlich eingeladen. (Siehe Anzeige in gest. Nr.)

Wie's gemacht wird. Der Abgeordnete Dr. Sugo beschäftigte sich am Mittwoch in der Nationalversammlung mit der Frage der Arbeitslosenfürsorge. Zur Beurteilung der Wirkung, die augenblickliche Handhabung dieser Fürsorge habe, gab er der Versammlung sein Kenntnis nach dem Brief, der einem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei zur Verfügung gestellt worden ist: Sehr geehrtes Fräulein! Es ist mir leider nicht möglich, die Stelle als Arbeitslosenunterstützung beziehe. Hochachtungsvoll Frau G. A. \* Dieses neue Eingekommen ist so beweiskräftig, daß man ihm kein weiteres Wort hinzuzufügen braucht.

Landwirtschaftsversammlung. In der am nächsten Sonntag, 13. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, hier bei Schäfers stattfindenden Versammlung unseres landwirtschaftlichen Vereins wird Dekonomier S u n t e m a n n einen Vortrag halten über die Lage der Landwirtschaft sowie über die Art und Weise, wie den Schwierigkeiten derselben zu begegnen ist. In dieser ersten Zeit dürfte es Pflicht eines jeden Landwirts sein, dieser anregenden Versammlung beizuwohnen.

Kein Städtelgeld mehr? Die Ersparnisse der Städte werden jetzt allgemein zurückgezogen, nachdem die Reichsbank über genügend Zahlungsmittel verfügt. Sie hat den deutschen Geldbesitz erlösch, damit zu wirken, daß diese Werkzeuge auf 1 Mä. und darüber sofort aus dem Verkehr gezogen werden.

Vertretung der Parteien vor den Militärverwaltungsgerichten. Die Kriegshinterbliebenen und Kriegshinterbliebenen können sich vor den Militärverwaltungsgerichten, die nach der Verordnung vom 1. Februar 1919 über ihre Ansprüche zu entscheiden haben, nicht nur durch Rechtsanwältinnen und Personen, denen das Verbandsrecht der Behörden oder Versicherungsstellen gestattet ist, vertreten lassen, es können vielmehr auch die Vertreter gemeinnütziger Rechtsanwaltsvereine und gemeinnütziger wirtschaftlicher Organisationen für sie auftreten. In diesen Organisationen gehören neben den Gewerkschaften die Vereinigungen der Kriegshinterbliebenen und der Kriegshinterbliebenen oder auch die amtlichen Fürsorgestellen. Den Kriegshinterbliebenen und Kriegshinterbliebenen kann, wenn sie eine Vertretung vor den Militärverwaltungsgerichten brauchen, nur empfohlen werden, sich an die amtlichen Fürsorgestellen zu wenden. Dies werden ihnen bei der Auswahl eines Vertreters behilflich sein.

Vom Lande, 9. April. Wienenerwirtschaftsamt. Die diesjährige Vertreterversammlung findet am 23. April, nachmittags 3 Uhr, in Gramberg, Waldhof am Markt in Oldenburg statt. Anträge der einzelnen Imkervereine sind an den Vorstand des Wienenerwirtschaftlichen Zentralvereins zu senden. Jene Vereinsmitglieder, welche Schiedungen irgend welcher Art an ihren Wienener oder Wienenerwohnungen während der Kriegszeit durch die Kriegszustände erleiden haben, können Entschädigung erhalten. Solche Schäden müssen in durchaus beglaubigter Form nachgewiesen werden. Die Vereinsvorsitzenden haben sich darüber zu vergewissern, welche Vereinsmitglieder Ansprüche auf Entschädigung haben, und müssen solche Ansprüche bald zur Anmeldung bringen.

1. Danksage, 10. April. Am Palmsonntag beginnt die erste hl. Messe ¼ nach 8, die zweite ¼ nach 7 und das Hochamt ¼ vor 10 Uhr.

1. Danksage, 9. April. Lehrer Windeler von hier ist zum 2. April, Lehrer Windeler von Hoppelshofen in Cawage beauftragt.

\* Entsch. 9. April. Vor einigen Tagen wurden einem besten Einwohner drei Käbe von der Weide gestohlen. Die Täter sind verhaftet.

3. Einnigen, 8. April. Der Gemeinde Einnigen sind zwei beschlagene Käbe, und zwar Milchkühe überliefert. Diese können an Minderbemittelte oder an solche Familien, die durch den Krieg besonders schwer gelitten haben, zu einem mäßigen Preise abgegeben werden. Bewerber haben sich beim Gemeindevorsteher Meper zu melden. — Seine Gefellenprüfung bestand der Lehrling D. des Sattlermeisters Elmendorfer von hier. Das Prädikat lautet „gut“.

Der 13jährige Dienstknecht A. wurde dieser Tage von hier nach Wechta transportiert. A. wurde vom hiesigen Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil ihm mehrere Diebstähle nachgewiesen wurden und er auf der Straußte von hier nach Wechta fesselt mit dem Revolver bedroht hatte. Außerdem ist gegen ihn Zwangsverhaftung beantragt.

haben ist. Auch das Elektrizitätswerk ist vorläufig verpfändet. — Der nächste Viehmarkt findet nicht am Karfreitag, sondern erst am 25. April statt. Die letzten Märkte hatten wenig Bedeutung.

8. April. Zum Verwalter der Schulle in Petersfeld ist mit Beginn des neuen Schuljahres der Lehrer Ellert in Hollen ernannt.

8. April. Zum Verwalter der Schule in Campe ist von Beginn des neuen Schuljahres an dem Lehrer Bismarck in Eberhagen übertragen.

8. April. Lehrer S t u k e n b o r g in Neuhaarel ist zum 24. April d. Js. mit der Verwaltung der Schule in Wittenland beauftragt.

Aus dem Saterlande, 7. April. Die Bienenzucht ist in hiesiger Gegend Dank der bestehenden Imkervereine während des Krieges nicht zurückgegangen. Durch die Imkervereine wurden die Bienenzüchter in den Stand gesetzt, den für die Erhaltung erforderlichen Zucker zu bekommen. Man hat deshalb auch allgemein die Tätigkeit dieses Vereins eingeleitet und ist ihm beigetreten. Einen eigenen Imkerverein besitzt die Gemeinde Schmalte. Die Imker aus Ramsloh und Strädlingen bilden mit Elisabethen zusammen einen Imkerverein. Dieser zählt 150 Mitglieder. Sämtliche Imker der Vereine betreiben wohl mit Ausnahme von einzelnen Imkern der Gemeinde Schmalte die Bienenzucht als Nebengeschäft. In früheren Jahren wanderten hiesige Imker im Frühjahr nach Ostfriesland. Davon macht jetzt kein Bienenhalter mehr Gebrauch.

2. April. Da unsere Molkerei den Bedarf an Butter augenblicklich nicht decken kann, kam es häufig vor, daß nicht immer Butter für Verbraucher da war. Wer die Zeit jedoch verfrachten, ohne daß die Verbraucher auf ihre Karten Butter erhalten hatten, so waren die Karten verfallen. Das ist auf Beschwerden hin jetzt abgeändert worden.

## Nachruf.

Lohne, 8. April 1919.

Am Montag wurde die Leiche unseres allverehrten Pfarrers, des Ehrendekanskapitulars Geh. Kirchenrats Dechant Solzenkamp unter allgemeiner Teilnahme der Gemeinde und großer Beteiligung von auswärtigen (33 Geistliche) durch den Herrn Prälat Dechant Brack unter Assistenz von Vikar Schütte und Rektor Waple zur letzten Ruhe beigesetzt.

Der Verstorbenen war geboren zu Luffen am 3. August 1836. Nach volendetem Studium in Vedda und Münster wurde er am 16. August 1862 von dem hochw. Bischof Johann Georg zum Priester geweiht und bald darauf als Vikar in Lönningen angestellt, wo er bis 1872 segensreich wirkte. Durch das Vertrauen seiner Vorgesetzten nach Wint beordert, gründete der selbsteifrige Priester hier unter äußerst schwierigen Verhältnissen eine Missionsgemeinde, sammelte die zerstreut wohnenden Katholiken anfangs in einem Saale zum Gottesdienst und Unterricht, bis es ihm nach vielen großen Opfern gelang, Kirche und Pfarrhaus zu bauen und geordnete Seelsorgeverhältnisse zu schaffen. Die angestrebte Tätigkeit und das Klima hatten seine Gesundheit stark angegriffen, weshalb der Arzt ihm rief, den Norden zu verlassen. Die Behörde verweigerte den verdienstvollen Missionsgeistlichen, der ungenug von seiner Gehobenen Gemeinde Abschied nahm, auf die freigewordene Pfarrstelle in Lohne. Am 18. Oktober 1882 hielt er hier seinen Einzug. Es würde zu weit führen und auch der Bescheidenheit des Verstorbenen nicht entsprechen, alles anzuführen, was er als Pfarrer in rastloser Tätigkeit in Lohne gewirkt hat. Hoch wird er in Ehren bleiben. In dem herrlichen, domartigen Chorschiffe, das durch Umbau und Ausgestaltung ohne Zweifel eines der schönsten im Freistaat Oldenburg geworden ist, durch die Erweiterung des Kranenbühnen und des Friedhofes mit seinem höchsten Portal und der anprechtenden Halbergroße hat er sich ein Denkmal gesetzt, das seinen Namen fortleben lassen wird bis in die fernsten Zeiten. Die Bauten geben Zeugnis von seiner Tatkraft, aber auch von seinem großen Kunstverständnis. Als Kunstsammler und liebevoller Berater in Bauangelegenheiten war Dechant Holzenkamp weit und breit bekannt, und mancher Contrarist und Künstler hat sich Rat und Anregung zu neuen Ideen bei ihm geholt. Ein bekannter Bildhauer schreibt anlässlich des Todes unseres Pfarrers: „Oh verliere in dem Verstorbenen einen tüchtigen Berater in Angelegenheiten der kirchlichen Kunst, dessen reiches Wissen und großes Kunstverständnis den Künstler in so lebenswunderlicher Weise unterstützte etc.“

Die großen Verdienste des Verstorbenen wurden anerkannt. Die geistliche Behörde ernannte ihn am 9. Febr. 1893 zum Ehrendekanskapitular und die obere Regierung verlieh ihm bei Gelegenheit seines fünfzigjährigen Priesterjubiläums den Titel „Geheimer Kirchenrat“.

Dechant Solzenkamp hat viel gearbeitet. In den letzten Jahren jedoch verlagte das Gedächtnis immer mehr, er sah sich gezwungen, von den Seelsorgearbeiten sich gänzlich zurückzuziehen, eilig aber war er im Besetze für seine Gemeinde. Bis zum 30. März war er fähig die hl. Messe, am 31. März fühlte er sich unwohl, Todesahnungen stiegen in ihm auf; am 1. April empfing er mit großer Andacht die hl. Sterbekramente und verschied dann am Abende desselben Tages ruhig und sanft im Alter von 83 Jahren. Gebe der liebe

Gott ihm im Kreise seiner ihm voraus gegangenen und nachfolgenden Pfarrherren und Angehörigen die ewige Ruhe, das ist die Bitte der dankbaren Gemeinde.

## Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 11. April.

(-) In der Generalversammlung des Sozialen Ausschusses am 7. April wurden der Verein beschließender Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebener und der Deutsche Aufseherverband aufgenommen. Der Vorsitzende der Wohnungskommission stellte fest, daß die Wohnungsnote nach wie vor eine drohende ist. Sekretär Sante erstattete den Jahresbericht. 13 Organisationen mit über 2000 Mitgliedern innerhalb der Stadt Oldenburg sind jetzt dem S. A. angeschlossen. Um in der Folge allen Anforderungen gerecht werden zu können, wurde der Vorstand erheblich erweitert. In den geschäftsführenden Vorstand wurden gewählt die Herren Sekretär Sante als 1. Vorsitzender, Kaufmann Nieberg als 2. Vorsitzender, Kaufmann G r o m a n n als Schriftführer und Prokurist G r u b e als Kassierer. Dem Vorstand gehören weiter die Herren Verwalter G l i e t e r, Schneider G a n d r u p, Handlungsgehilfe K e i n e r, Pastor L a n d e m a n n, Bureaugehilfe N i e m e i e r, Handlungsgehilfe A o h e n a, Vikar S c h m i d t, Aufseher G o l b, Bankbeamter S c h m i d t, Handlungsgehilfe V o g e l e n, Kaplan W o r e r k, sowie Fräulein R a b i g e r und Frau W o l f j a n n. Es sollen in der Folge abwechselnd monatlich Delegiertenversammlungen und Vorstandssitzungen stattfinden. Die Generalversammlung beschäftigte sich dann eingehend mit der Gebaltsfrage. Es wurde festgestellt, daß die hiesigen Duzmacherrinnen zum Teil in einer Weise entlohnt werden, die jeder Beschreibung spottet. Der S. A. wird mit allem Nachdruck für eine schleunige Verringerung dieses unabweislichen Zustandes eintreten. Es wurde weiter lebhaft Klage darüber geführt, daß die Gebaltsregelung für kaufmännische Angestellte nicht vom Fleck kommt. Die Gehälter der Angestellten im Geschäft, eine Regelung muß sofort erfolgen. Am Freitag, nachdem die Versammlung des Gewerbe- und Handelsvereins stattgefunden hat, nimmt eine zu diesem Zweck einberufene Delegiertenversammlung die weiteren Schritte Beschluß zu fassen. Herr G i e t e r berichtete dann nach über die Tätigkeit des Arbeiterrats, und Herr Nieberg referierte über die Vorarbeiten zwecks Errichtung eines Berufsparlamentes. Nach Erledigung weiterer Fragen wurde die Generalversammlung nach viereinhalbstündiger Dauer geschlossen.

(-) Am Karfreitag bleiben die Kassen der Banken in der Stadt Oldenburg geschlossen. (—) Der Reichshoerband deutscher Angestellter hielt am Sonnabendabend im „Kronprinzen“ unter der Leitung des Herrn Müller eine Werbeversammlung ab, zu welcher verschiedene Berufsgruppen (Büro- und Laden-Angestellte, Duzmacherrinnen etc.) erschienen waren. Sekretär Sante sprach über die Notwendigkeit der Organisation. Auch jede weibliche Angestellte müsse sich derselben anschließen. Die Versammlung hatte den schönen Erfolg, daß sämtliche Erscheinenden dem Verbands beitreten.

(-) Der obdenburgische Gemeindevorstand hält hier am Sonnabend in der „Union“ eine Versammlung ab, in der die Neuwahlentscheidungen beschlossen werden soll. (—) Ein raffiniertes Gaunerstückchen. Kommt da am Sonnabend ein netter und feiner Herr in ein besseres hiesiges Geschäft und bittet um Umwechslung von Kleingeld in 50-Mark-Scheine. Der Geschäftsinhaber ließ dem Unbekannten die gemünzten 50-Mark-Scheine übermitteln, die auch richtig in einem Wertbrief mit Adreß und Porto versehen verpackt wurden. Als nun der Unbekannte aus seinem Besande die 50 Mark anzuhäufen wollte, stellte sich heraus, daß es nur 485 Mark waren. Sofort gab er nun das verlorene Kauer zurück, stufte seine 485 Mk. wieder ein und gab an, sofort wieder zu kommen, um zunächst die noch fehlenden 15 Mk. zu holen. Da der Unbekannte nach einigen Stunden noch nicht zurück war, erbrach man das verschlossene Kauer und fand nur Papiertrümmel vor. Alle Nachforschungen blieben erfolglos.

(-) Theaterkarten für Kriegshinterbliebene. Dem Wunsch des Vereins beschließender Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebener (Haus Schöncke) entsprechend, daß sich unser Theater bereit erklärt, den Wein- und anderen Beschäftigten, denen das lange Stehen vor der Theaterkasse nicht möglich ist, zu jeder Sonntagabendvorstellung je fünf Mittel- und Parterreplätze ohne Vorbestellungsgebühr abzugeben.

(-) Die Strafbarkeit hat sich seit langem fast ausschließlich mit C i n b r e c h e n z u beschäftigen. So erhielten jetzt Wadtmann S. Winter u. Ratroff R. Nepp, die in Nordenham für 45000 Mark Schiffskadetten gestohlen hatten, je 10 Monate, ihre Komplizen W. und E. Wefer je drei Wochen Gefängnis. Der Haussohn Fr. Knutzen und die Knedte O. P i e n, H. K r e y e und F r i e d r. O l s e n g e n aus Reußen bei Oldenburg wegen verurteilter Einbruchsdiebstähle Gefängnisstrafen von ½ bis zu 2 Jahren. Der Arbeiter Weckmeyer, der Schankwirt D. Eberhard, der Volkswehrmann E. Reisenberg und der Arbeiter E. Popp aus Bremen hatten in Ganderkesee ein Räderhaus ausgeplündert. W. A. und P. erhielten je 18 Monate und E. 9 Monate Gefängnis. Ebenfalls 18 Monate erhielt der Arbeiter Renken aus Westerholtsfelde, der zwei M i l l i t ä r p e r d e n g e s t o h l e n hatte. Die Kanoniere

K. Milde, Otto Näher und Karl Schmidt haben ebenfalls Verträge geschlossen, was M. und N. bezug 12 Monate Gefängnis eintrug. R. Schmidt noch nicht fest werden.

Delmenhorst, 11. April. Diebstahl. Aus dem Wartesaal 2 Klaffe des hiesigen Bahnhofs wurden in vergangener Nacht die vorhandenen Lebensmittel, 2 Flaschen Wein, Zigaretten und Zigarren, sämtliche Zeitungen und kleinere Geldbeträge gestohlen.

Nachruf.

Am Sonntag, dem 6. April, starb im Krankenhaus zu Wildeshausen der Hauptlehrer Bernhard Nible aus Astringen II (Hepens). Mit ihm ist ein Lehrer Schumann aus dem Leben geschieden, ein Lehrer, der sein ganzes Wirken und Können der Schule gewidmet hat.

Befriedelung der Staatsdomänen.

Eine Petition der Neuenfelder Köter an die oblenburgische Landesversammlung nimmt der Finanzaußschuß als Anlaß, um diese Frage allgemein zur Entscheidung zu stellen. Der Bericht des Ausschusses, erstattet vom Abg. Schröder, enthält interessante Ausführungen, die allgemeine Beachtung verdienen.

Uns möchte es am richtigsten erscheinen, wenn die Befriedelung sämtlichen dafür geeigneten Landes in einer Hand vereinigt würde, der erst die bereits bestehenden Behörden untergeordnet werden.

Wann müssen die Invalidentaxen geklebt werden?

Von Kontrollinspektor F. Quatmann, Oldenburg. Obwohl die Bestimmungen über die Beitragsleistung für die Invalidentversicherung schon lange Jahre in Kraft sind, herrscht im breiten Publikum hierüber noch die größte Unkenntnis.

Als Regel gilt, daß der Arbeitgeber bei der Lohnzahlung für die Dauer der Beschäftigung Marken nach der Lohnhöhe des Verfallens in die Quittungsbücher einträgt. Eingedrückt ist diese Regel aber durch die Bestimmung, daß die Marken - Verwendung unter allen Umständen spätestens am 1. Mai eines Jahres des Dienstjahres am 1. Mai eines Jahres des Dienstjahres aufnimmt und während des ganzen Jahres keinen Lohn abbekt, so darf mit der Beitragsleistung nicht bis zum Ablauf des Dienstjahres gemarkt werden.

Die Regelung der Beitragsleistung bereitet überall dort einige Schwierigkeiten, wo der Wechsel der Dienststellen usw. nicht zu Beginn eines Kalenderdritteljahres erfolgt.

Haß und Fern.

Quakenbrück, 8. April. Auf dem gestrigen Kreisstag gab das Mitglied Fröhke Anregung zu zwei bedeutsamen Kundgebungen. Es wird den Landwirten nahegelegt, den Eierpreis in vernünftigen Grenzen zu halten.

Die Stimmen. Es ergeben sich hiernach 9 bürgerliche und 6 sozialdemokratische Kandidaten, und zwar auf die freie bürgerliche Liste der Deutschen Nationalen der Volkspartei und des Zentrums 4 Kandidaten, auf die demokratische Liste 3, auf die parteilose Liste 2, auf die sozialdemokratische 6.

Kurzer Wochenbericht

b. Preisberichtstelle d. Deutsch. Landwirtschaftstrats vom 1. bis 7. April 1919.

Abbau der Zwangsirtschaft. - Westmarkt. Wie aus vorstehenden Meldungen hervor geht, scheinen sich die überall herrschenden Bestrebungen, nach Befreiung oder Lockerung der Zwangsirtschaft allmählich durchzusetzen.

Soziales.

Handwerk und öffentliche Arbeiten.

Von einem neuartigen Versuch, das Handwerk durch städtische Aufträge gleichmäßig zu erfüllen, wird aus Halle a. S. berichtet. Die Aufträge der Neuerrichtung liegen bereits in der Zeit vor dem Kriege. Nach den jetzt fertiggestellten Bestimmungen gibt das Hochbauamt bekannt, daß die Vergebung der Unterhaltungsarbeiten an städtischen Gebäuden nach einzelnen Losen mit jährlich wechselnder Beschäftigung der Handwerkermeister zur Durchführung gelangen soll.

Element der Einigung und wertvollsten Anregung zu bilden. Der Sinn für die Notwendigkeit der Zeit, beteilige sich mit Eifer an der Ausbreitung der katholischen Meistervereine!

Das Heilverfahren der Landesversicherungsanstalt.

Bei den vielen Gefahren, die dem Versicherten im Kampfe um das Leben drohen, im Hinblick auf die zahllosen Krankheiten, durch welche er seiner Arbeitskraft, deren er zu seiner und seiner Angehörigen Erhaltung doch so dringend bedarf, beraubt werden kann, wird der Versicherte das Recht auf Krankenfürsorge nicht hoch genug einschätzen können.

Stimmen aus unserem Leserkreise.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Dinklage, 7. April. Den Jellen des Einfinders aus Nr. 81 kann ich nur beipflichten; denn die Wohnungsmisere in Dinklage hat bereits einen solchen Umfang angenommen, daß mehreren Angehörigen der hiesigen Garnison die bisher gewährten Wohnungen gekündigt wurden.

Interesse für die Schule?

Argentinum wünscht der Lehrer einer einflügeligen Schule eine neue Schultafel, die ihm auch zum Schulvorstande bewilligt wird. Ersterer hat sich für die Blauwandtafel entschieden, da sie mit ihren vier guten Schreibräumen (und sonstigen Einrichtungen) jeder anderen Tafel vorzuziehen ist.

Trotz Kohlennot

sind für Siedlungen Ambibaustoffe vorhanden. Ausserdem kann jedes Dach sofort eingedeckt bzw. in Stand gesetzt werden. Die Ambi-Dachstein-Maschine liefert Falzziegel, Pfannen, Kronen usw. im Handbetriebe.

Anfragen an: Ambi-Abt. IV E. Charlottenburg A. thur Müller Bauten u. Industriewerke Goldene Medaille u. Staatspreis 1919 vom Reichverband für sparsame Bauweise

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Holte, Redakteur und Verlag: Weghauer Druckerei und Verlags G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Berlin.